

KLARTEXT

für Gera - Greiz und das Altenburger Land



Ein Jahr Merz - ein verlorenes Jahr für Deutschland

Was wurde uns nicht alles versprochen? Ein Ende der Massenmigration, massive Abschiebungen, eine deutliche Verbesserung der inneren Sicherheit, eine blühende Wirtschaft, Investitionen in unsere Infrastruktur und stabile Haushalte. Doch was ist passiert? Seit rund einem Jahr regiert Friedrich Merz mit seiner kleinen Koalition nun Deutschland, und außer permanenter Wählerbeschimpfung durch den sogenannten „Pinocchio-Kanzler“ ist nichts geschehen. Die Wirtschaft blüht nicht, die Ausländer wurden nicht abgeschoben, und die Probleme im Land bleiben ungelöst.

Die Wähler haben sich einmal mehr von Versprechungen und Luftschlössern einwickeln lassen. Hätte man der AfD die Verantwortung übertragen, wäre das vergangene Jahr kein verlorenes Jahr für Deutschland gewesen. Als AfD stehen wir dafür, die Wirtschaft von der massiven Bürokratie zu entlasten, den Rechtsstaat wieder auf ein sicheres Fundament zu stellen und, das ist nicht ohne Grund unser Markenkern, die unkontrollierte Zuwanderung in unser Land zu beenden.

Es kann nicht sein, dass deutsches Steuergeld Wohltaten im Ausland vollbringt, während hier Schlagloch an Schlagloch drängt, Schulen unter massivem Geldmangel leiden und Rentner Flaschen sammeln müssen. Als AfD setzen wir auf eine vernünftige Sozialpolitik, die denen hilft, die sie wirklich brauchen, aber diejenigen nicht unterstützt, die den Sozialstaat nur ausnutzen wollen.

Es bleibt zu hoffen, dass die Wähler beim nächsten Mal klüger handeln und ihr Kreuz mit Bedacht setzen – für ein Deutschland, das wieder stabil, sicher und leistungsfähig ist.

Ihr Euer Stephan Brandner



www.wk193.de

Bitte lesen und weitergeben!

Frühjahr 2026

10. Jahrgang, Ausgabe 28, 1/2026

Schuldenerlasse sind politischer Offenbarungseid

Die Bundesregierung hat im Jahr 2025 erneut Auslandsschulden in Höhe von 119 Millionen Euro erlassen. Seit dem Jahr 2000 summieren sich die Forderungsverzichte Deutschlands auf 15,68 Milliarden Euro. Für mich ist das ein klares Signal politischer Schieflage.

Während die Ampel- bzw. Nachfolgeregierung im Inland immer neue Schulden aufnimmt und diese beschönigend als „Sondervermögen“ deklariert, werden dem Ausland großzügig Millionenbeträge erlassen. Allein 2025 profitieren davon:

- Ägypten: 55 Millionen Euro
- Tunesien: 30 Millionen Euro
- Indonesien: 24 Millionen Euro
- Guatemala: 5 Millionen Euro
- Mongolei: 5 Millionen Euro

Seit der Jahrtausendwende wurden mit 52 Staaten entsprechende Abkommen geschlossen. Besonders hohe Beträge entfielen auf den Irak (4,7 Milliarden Euro), Nigeria (2,4 Milliarden Euro) und Kamerun (1,4 Milliarden Euro).

Aus meiner Sicht ist das ein politischer Offenbarungseid. Wer der eigenen Bevölkerung Sparsamkeit predigt, längere Arbeitszeiten fordert und gleichzeitig neue Rekordschulden aufnimmt, darf nicht zugleich im Ausland Milliardenforderungen abschreiben.

Deutschland muss zuerst an seine eigenen Bürger denken. Haushaltsdisziplin beginnt im eigenen Land – nicht mit großzügigen Erlassen gegenüber anderen Staaten.

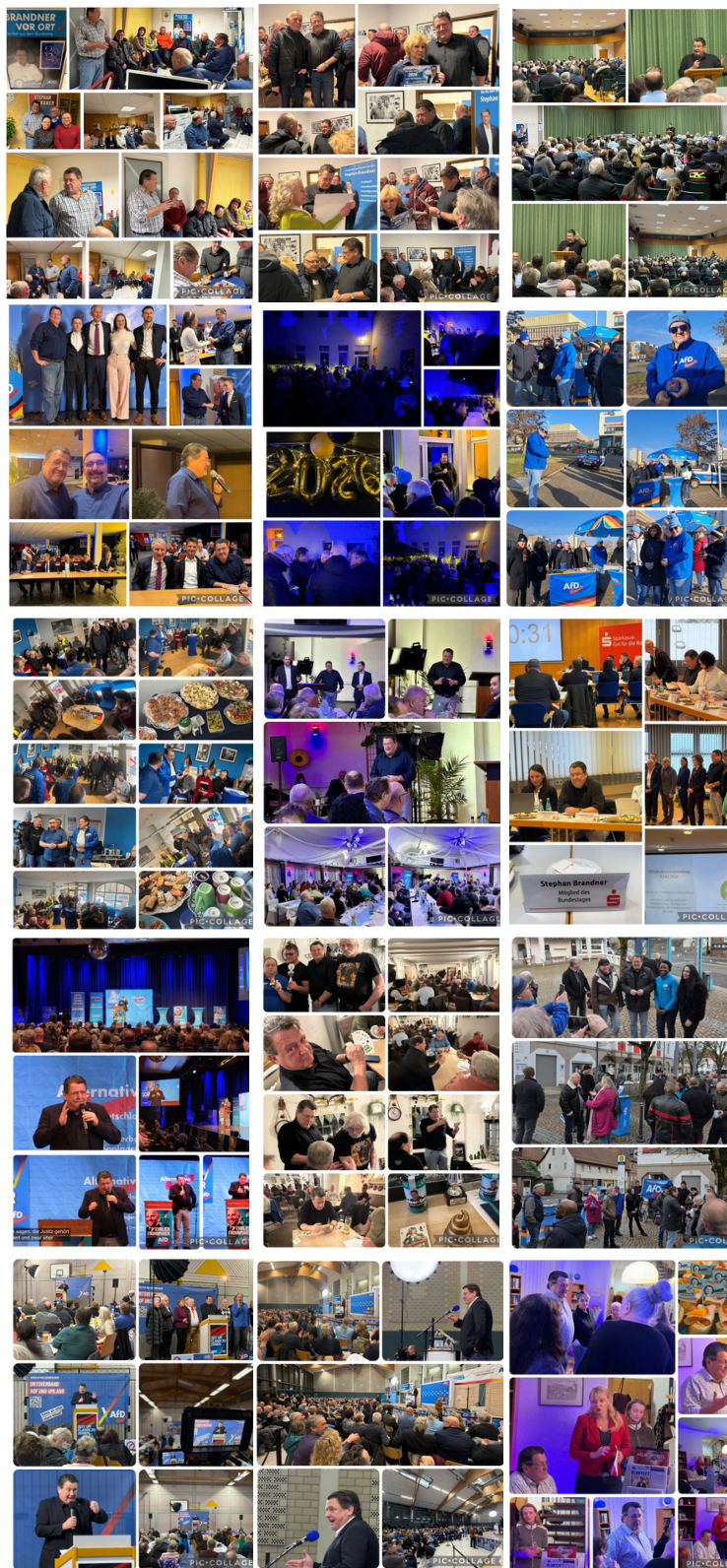


Ausufernde Gewalt gegen Bundespolizisten ist Armutszeugnis

Die Zahl der Körperverletzungen gegen Bundespolizisten ist 2025 nur gering gesunken. Die Bundesregierung zählt mehr als 1.000 Taten, darunter auch Mordversuche. Besonders alarmierend: Mehr als jeder zweite Tatverdächtige ist Ausländer. Die ausufernde Gewalt gegen unsere Bundespolizisten ist ein Armutszeugnis für diesen Staat. Beamte werden seit Jahren an Bahnhöfen, an den Grenzen und bei Einsätzen angegriffen, beleidigt und verletzt – und der Staat lässt sie weitgehend allein. Statt diese Realität offen anzuerkennen und konsequent zu handeln, herrschen politisches Wegducken und Hilflosigkeit. Wer seine eigenen Polizisten im Stich lässt, verliert Autorität, Durchsetzungsfähigkeit und damit die Kontrolle über Recht und Ordnung.

Dauerwahlkampf für den Erfolg!

Wahlkampf ist bei uns nie nur ein Schlagwort – wir sind ständig im Wahlkreis unterwegs. Denn die Bürger merken sehr wohl, ob man wirklich ansprechbar ist oder nur kurz vor der Wahl. Wir hören zu – bei Ihren Ideen und Anregungen, aber auch bei Sorgen und Problemen. Ob beim Frauen- oder Skatabend, am Infostand oder auf Großveranstaltungen: Wir sind für Sie da und haben immer ein offenes Ohr!



Frühjahr 2026

10. Jahrgang, Ausgabe 28, 1/2026

Ukraine(r): Fass ohne Boden

Nach den aktuellen Angaben der Bundesregierung sind seit Beginn des Ukraine-Krieges bis Ende 2025 rund 21,4 Milliarden Euro an Bürgergeld-Leistungen für Bedarfsgemeinschaften mit mindestens einem ukrainischen Staatsangehörigen angefallen. Enthalten sind Regelbedarfe, Kosten der Unterkunft, Mehrbedarfe sowie Sozialversicherungsbeiträge nach dem Zweiten Sozialgesetzbuch.

Eine vollständige Übersicht aller darüber hinaus bezogenen Sozialleistungen existiert nicht. Für Wohngeld, Sozialhilfe oder Asylbewerberleistungen werden keine gesonderten Statistiken nach Staatsangehörigkeit geführt. Damit bleibt unklar, welche Gesamtausgaben tatsächlich entstanden sind.

Auch beim Kindergeld zeigen sich erhebliche Summen: In den Jahren 2023 und 2024 wurden nach Angaben der Familienkasse knapp zwei Milliarden Euro an ukrainische Kinder ausgezahlt – rund 851 Millionen Euro im Jahr 2023 und etwa 1,14 Milliarden Euro im Jahr 2024.

Zum 31. Dezember 2024 lebten rund 1,3 Millionen ukrainische Staatsangehörige in Deutschland. Anders als andere Schutzsuchende wurden sie unmittelbar in das Bürgergeldsystem integriert.

Hinzu kommen umfangreiche staatliche Leistungen an die Ukraine selbst: Bis Ende September 2025 stellte Deutschland rund 36 Milliarden Euro für zivile und 40 Milliarden Euro für militärische Unterstützung bereit.

Während die finanziellen Spielräume von Kommunen und Sozialkassen zunehmend eingeschränkt sind, fehlt es an Transparenz über die tatsächliche Gesamtbelastung. Sozialpolitik muss klar priorisieren und sich an der Leistungsfähigkeit unseres Landes orientieren.



www.wk193.de

Steht einem Huhn mehr Platz zu als einem AfD-Abgeordneten?



Das Bundesverfassungsgericht hat entschieden, dass unsere Fraktion keinen Anspruch auf den bisherigen SPD-Sitzungssaal im Reichstagsgebäude hat. Damit bleibt es bei einer aus unserer Sicht politisch motivierten Mehrheitsentscheidung im Ältestenrat.

Die Fakten sind eindeutig: Die AfD stellt mit 151 Abgeordneten die zweitgrößte Fraktion im Deutschen Bundestag. Die SPD verfügt über 120 Mandate, behält aber weiterhin den deutlich größeren Saal. In dem uns zugewiesenen ehemaligen FDP-Sitzungssaal – ursprünglich ausgelegt für 92 Abgeordnete – stehen rechnerisch lediglich rund 1,7 Quadratmeter pro Abgeordnetem zur Verfügung. Im SPD-Saal hingegen entfallen auf jedes Mitglied knapp vier Quadratmeter.

Das Gericht argumentiert, das Grundgesetz garantiere keine „Silbermedaille“ für Wahlerfolge, sondern lediglich Mitwirkungsmöglichkeiten. Entscheidend sei allein, dass die Arbeitsfähigkeit formal gewährleistet bleibe. Genau das bestreiten wir. Wenn über 150 Abgeordnete unter beengten Bedingungen tagen müssen, während kleinere Fraktionen deutlich großzügiger ausgestattet sind, stellt sich die Frage nach der tatsächlichen Gleichbehandlung.

Hinzu kommt, dass wir faktisch auf einen großen, runden Saal im Marie-Elisabeth-Lüders-Haus auf der anderen Spreeseite ausweichen müssen – mit entsprechend langen Wegen und organisatorischen Nachteilen im parlamentarischen Alltag.

Für uns ist klar: Hier wurde nicht nach objektiven Kriterien der Fraktionsgröße entschieden, sondern nach politischer Opportunität. Eine sachgerechte, transparente Lösung sieht anders aus.



Wahlrechtsentzug bei Meinungsdelikt: Ein gefährlicher Irrweg für die Demokratie

Die Bundesregierung plant, den §130 StGB (Volksverhetzung) zu verschärfen und bei Verurteilung künftig den Entzug des passiven Wahlrechts sowie die Amtsunfähigkeit zu ermöglichen. Auch der Strafraum soll auf bis zu fünf Jahre erhöht werden.

Was als Schutz der Demokratie verkauft wird, ist in Wahrheit ein gravierender Eingriff: Die Wählbarkeit ist ein fundamentales demokratisches Recht. Wer sie an politisch aufgeladene Straftatbestände koppelt, schafft ein Instrument mit erheblichem Missbrauchspotenzial, das missliebige Akteure jahrelang ausschließen und den politischen Pluralismus untergraben könnte.

Demokratie lebt vom offenen Diskurs. Eingriffe in das Wahlrecht gefährden diesen Kern. Die AfD fordert daher klar: Keine Ausweitung des Entzugs passiver Wahlrechte, keine Symbolpolitik auf Kosten demokratischer Grundrechte. Wahlrecht ist kein Experimentierfeld – seine Einschränkung verändert die Grundlagen des politischen Wettbewerbs.



www.wk193.de

Frühjahr 2026

10. Jahrgang, Ausgabe 28, 1/2026

Wahlprüfung muss auf den Prüfstand

Der Wahlprüfungsausschuss des Bundestages hat den Antrag des BSW auf Neuauszählung der Bundestagswahl mit den Stimmen aller Fraktionen – außer der AfD – abgelehnt. Dieses Vorgehen ist aus meiner Sicht einer Demokratie unwürdig und gefährdet das Vertrauen in unsere Institutionen.

Die AfD ist die einzige politische Kraft, die demokratische Grundsätze kompromisslos verteidigt. Für uns ist die Korrektheit von Wahlergebnissen keine Frage parteipolitischer Interessen, sondern der objektiven Nachprüfbarkeit. Demokratie lebt von überprüfbaren Zahlen – nicht von Mehrheitsbeschlüssen innerhalb eines Ausschusses. Die bestehenden Zweifel an der Richtigkeit des Ergebnisses sind groß und berechtigt. Transparenz und vollständige Aufklärung wären das einzige angemessene Signal an die Bürger gewesen. Stattdessen entsteht der Eindruck, dass politische Mehrheiten entscheiden, ob Prüfverfahren zugelassen oder blockiert werden.

So bleibt das Wahlergebnis aus unserer Sicht makelbehaftet, und das Vertrauen in faire Verfahren wird weiter untergraben – ein strukturelles Risiko für unsere Demokratie.



Sprache ist das verbindende Element unserer Gesellschaft

Der aktuelle Mikrozensus zeigt deutlich, dass sich sprachliche Parallelwelten in Deutschland weiter ausbreiten. Unter Menschen mit Einwanderungsgeschichte ist Deutsch vielfach nicht dominant: Nur 22 Prozent sprechen zu Hause ausschließlich Deutsch, mehr als die Hälfte nutzt Deutsch nur ergänzend, und 23 Prozent verständigen sich gar nicht auf Deutsch.

Fest steht: Die deutsche Sprache muss im Alltag wieder eine zentrale Rolle spielen. Parallelwelten, in denen Deutsch keine Bedeutung hat, gefährden den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die gemeinsame Identität unseres Landes. Schulen, Verwaltungen und Integrationsangebote müssen konsequent auf die Vermittlung und Nutzung der deutschen Sprache ausgerichtet werden. Sprache ist nicht nur Kommunikation, sondern Identität und Gemeinschaft.

Meine Arbeit für Deutschland

Als Abgeordneter im Deutschen Bundestag ist es meine Aufgabe und zugleich meine Verpflichtung, mich mit ganzer Kraft der parlamentarischen Arbeit zu widmen. Viele von uns sind mit dem Wunsch in die Politik gegangen, Ideen, Anregungen und konkrete Vorstellungen für ein besseres Deutschland nicht nur zu formulieren, sondern sie tatsächlich in wirksame parlamentarische Initiativen zu überführen. Als Abgeordneter und damit als Gesetzgeber habe ich das Privileg, genau das tun zu dürfen.

Umso mehr erfüllt es mich mit Freude, dass ich mit meiner Arbeit nicht nur einen Beitrag zur politischen Aufklärung leisten kann, sondern auch eigene Anträge und Gesetzentwürfe aktiv in den Deutschen Bundestag einbringe und dort vertrete. Bis zum 16. Februar durfte ich in der laufenden Legislaturperiode bereits **34 Reden im Plenum** halten – mehr als alle anderen der insgesamt 630 Abgeordneten. Darüber hinaus konnte ich **vier Gesetzentwürfe sowie 15 Anträge** in die parlamentarische Arbeit einbringen.

Ein besonderer Schwerpunkt meiner Arbeit liegt in der Kontrolle der Bundesregierung. Mit **zwei Großen Anfragen, 86 Kleinen Anfragen sowie 44 schriftlichen und 26 mündlichen Fragen** nutze ich die parlamentarischen Instrumente konsequent, um Transparenz einzufordern, Missstände aufzudecken und die Regierung in die Verantwortung zu nehmen. Es ist mir ein zentrales Anliegen, Regierungshandeln kritisch zu begleiten und dort, wo es notwendig ist, nachzuhaken.

Ein Blick auf die Aktivitäten anderer Fraktionen verdeutlicht dabei die Dimension dieser Arbeit: Die gesamte Fraktion der Linken hat in der bisherigen Legislaturperiode lediglich einen einzigen Gesetzentwurf eingebracht, die Grünen immerhin neun.

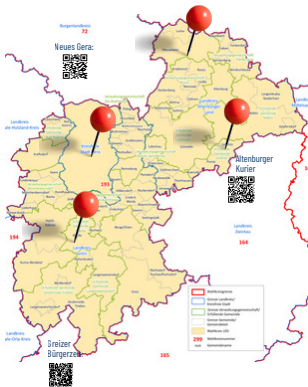
Für mich bleibt klar: Parlamentarische Arbeit bedeutet Einsatz, Beharrlichkeit und die Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen – im Plenum, in der Kontrolle der Regierung und in der konkreten Gesetzgebung. Genau diesem Anspruch fühle ich mich verpflichtet.



Kommen Sie vorbei und informieren Sie sich in meinen Wahlkreisbüros

Wahlkreisbüro Gera
Rudolf-Diener-Straße 21,
07545 Gera
Tel.: 03 65 - 20 42 41 30
Fax: 03 65 - 22 89 12 50
kontakt@brandner-im-bundestag.de
Geöffnet: Mo.-Do. 10-17 Uhr

Wahlkreisbüro Gößnitz
Zwickauer Straße 11,
04639 Gößnitz
Tel.: 03 44 93 - 25 95 13
goessnitz@brandner-im-bundestag.de
Geöffnet: Do. und Fr. 10-17 Uhr



Wahlkreisbüro Weida
Platz der Freiheit 9,
07570 Weida
weida@brandner-im-bundestag.de
Geöffnet: Do. 10-17 Uhr und jeden 1. Samstag im Monat: 8-11 Uhr

Wahlkreisbüro Meuselwitz
Bebelstraße 21,
04610 Meuselwitz
meuselwitz@brandner-im-bundestag.de
Geöffnet: Di. 10-17 Uhr

Sie wollen mehr Informationen?

Abonnieren Sie unseren wöchentlichen Rundbrief und erhalten Sie Einladungen, Neuigkeiten und mehr! Tragen Sie sich einfach in unsere Kontaktliste ein unter kontakt@brandner-im-bundestag.de.

Und wenn Sie eine persönliche Geburtstagskarte von uns erhalten möchten, teilen Sie uns bitte Ihre Postadresse und Ihr Geburtsdatum mit!



www.wk193.de

Frühjahr 2026

10. Jahrgang, Ausgabe 28, 1/2026

Aktives Wolfsmanagement auch im Altenburger Land

Bereits im Dezember gingen Nachrichten um, dass sich im Altenburger Land ein Wolfsrudel angesiedelt hat. Bereits aus anderen Regionen in Thüringen wissen wir, dass, was so romantisch klingt, für viele Nutztierhalter mit großen Einbußen verbunden ist. Wir als AfD sind die einzige politische Kraft, die auf ein aktives Wolfsmanagement setzt.

Die AfD sieht den Anstieg der Wolfsbestände in Deutschland als ernstes Problem für die Landwirtschaft, die ländlichen Regionen und die Sicherheit von Nutztieren. Wir setzen uns daher für ein realistisches Wolfsmanagement ein, das über reine Schutzmaßnahmen hinausgeht. Dazu gehören die regelmäßige Bestandskontrolle, die Einbindung des Wolfs in das Jagdrecht sowie die Möglichkeit von Abschussprogrammen und wolfsfreien Zonen in besonders sensiblen Gebieten.

Darüber hinaus fordern wir klare gesetzliche Regelungen für den Schutz von Nutztieren und praktikable Grundlagen für den Schnellabschuss bei Wolfsübergriffen, damit die Sicherheit von Tierhaltern gewährleistet bleibt. Betroffene Landwirte sollen angemessen und unbürokratisch entschädigt werden, wenn ihre Tiere durch Wölfe zu Schaden kommen.

Die AfD steht dafür, den Wolf kontrolliert und verantwortungsvoll zu managen, sodass sowohl der Artenschutz als auch die Interessen der Menschen in den ländlichen Regionen gewahrt bleiben. Ein aktives Wolfsmanagement ist kein Widerspruch zum Naturschutz, sondern notwendig, um Schäden zu verhindern, die Lebensqualität zu sichern und die Zukunft der landwirtschaftlichen Betriebe in Thüringen zu schützen.



Das Tatami lebt!



Das Tatami in Schmölln bleibt erhalten! Nach langem Einsatz ist es gelungen, dass der Stadtrat die notwendigen Mittel für Sanierung und Betrieb freigegeben hat. Ein großer Erfolg für unsere Region, für Vereine, Familien und alle, die das Bad lieben.

Ich habe mich von Anfang an für den Erhalt eingesetzt, denn das Tatami ist mehr als ein Bad – es ist ein Ort der Begegnung und ein Stück Lebensqualität. Jetzt gilt es, die Zukunft des Tatami langfristig zu sichern.

Besuchen Sie mich auch im Netz!

www.stephan-brandner.de

www.facebook.com/stBrandner

www.x.com/brandnerst

www.instagram.com/stephanbrandner

www.youtube.com/c/stephanbrandnerafd

t.me/StephanBrandnerMdB

www.tiktok.com/@brandner_afd

<https://whatsapp.com/channel/0029Va8SDPb6GehEUippEJx1r>